

## **Hessentag/Tag der Bundeswehr 15.6.19 Bad Hersfeld**

**Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute findet der jährliche Tag der Bundeswehr an vierzehn Standorten statt. Hier in Bad Hersfeld und an zehn anderen Orten führt die Friedensbewegung Aktionen durch, unter tatkräftiger Mitwirkung der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, der ältesten bundesweiten Organisation des politischen Pazifismus. Wir wenden uns dagegen, dass junge Menschen durch Technikbegeisterung und Spaßprogramme für die Bundeswehr, ihre Auslandseinsätze und ihre Aufrüstung gewonnen werden. Und wir stehen damit nicht allein. Während die Bundeswehr letztes Jahr 1.679 Minderjährige an der Waffe ausgebildet hat, verbietet die UN-Kinderrechtskonvention gegen Kindersoldaten die Rekrutierung Minderjähriger, ihre Anwerbung an Schulen und ihre Ausbildung an der Waffe. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Bundestags haben Deutschland bereits 2014 aufgefordert, keine Minderjährigen zu rekrutieren und die Soldatenwerbung an Schulen einzustellen. Soldaten können Schülerinnen und Schülern nicht beibringen, Konflikte gewaltfrei zu lösen, wie es das Schulgesetz vorschreibt. Sicherheitspolitik müssen Profis erklären, und das sind die dafür ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer.

Wir kritisieren nicht nur die Bundeswehrwerbung, sondern die Sicherheitspolitik als solche. Warum wird das Heil weiter in Aufrüstung und Militär gesucht, wenn wir doch wissen, dass mehr Rüstung nicht mehr Sicherheit bringt, sondern Krieg wahrscheinlicher macht?

Die drei schädlichsten und vergeblichen Auslandseinsätze der Bundeswehr finden in Mali, Afghanistan, Syrien und Irak statt. In diesen Ländern sollten stattdessen endlich Verhandlungen für Waffenstillstände und politische Lösungen nach den Vorbildern Kolumbiens und Nordirlands eingeleitet werden, damit nicht weitere Tausende von Menschenleben geopfert werden.

Nur Verhandlungen schützen uns vor dem Terror. Der seit 18 Jahren geführte und gescheiterte Krieg gegen den Terror zeigt, dass es keine Alternative zu Verhandlungen auch mit Dschihadisten in den jeweiligen Ländern gibt. Die stattdessen angewendete Doktrin von Härte und Gnadenlosigkeit etwa durch Bombardements führt nur zu vielen zivilen Opfern, neuen Rekruten für den Terror, die sich für die Opfer rächen wollen, und Anschlägen auch in Europa. Carl Friedrich von Weizsäcker hat diese Gewaltspirale so beschrieben: „Man kann zwar Gewalt durch Gewalt eindämmen, man wird aber immer die Folgen zu tragen haben, dass man sich dem Prinzip, das man bekämpfte, unterworfen hat...Die Meinung..., man könne gewissermaßen zum letzten Mal Gewalt anwenden und – weil die Gewalt für das Gute ausgeübt wird – danach werde

dann das Gute herrschen und nicht die Gewalt, ist einer der gefährlichsten Irrtümer und eine der Hauptquellen mörderischer Kriege.“

Dieses Thema verdeutlicht zwei grundlegende Elemente einer pazifistischen Friedenspolitik. Es genügt nicht, Missstände festzustellen. Wir brauchen positive Visionen wie "Verhandeln statt schießen" mit allen Kriegsparteien, weil sich unsere Adressaten politische Alternativen vorstellen müssen, um den Wunsch zu entwickeln, dorthin aufzubrechen.

Zudem ist der politische Pazifismus keine Politik des Zuschauens, sondern setzt auf politische Initiativen und gewaltlose Konfliktbearbeitung gerade durch die Bundesregierung. Pazifismus ist nicht Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen, sondern Widerstand ohne Gewalt (nach Martin Luther King). Auch die pazifistische Einstellung ist nicht frei von moralischen Dilemmata, aber das geringere Übel im Vergleich zu den Tausenden von Opfern, die Kriege fordern.

Oder wie der amerikanische Schriftsteller und Weltkriegsveteran Norman Mailer sagte: »Krieg zu führen, um wieder etwas in Ordnung zu bringen, taugt genauso viel wie ein Bordellbesuch, um eine Geschlechtskrankheit zu kurieren.«

Wir fordern, dass die deutschen Rüstungsexporte eingestellt werden. Keine Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und anderswohin! Unsere zweite Forderung ist, dass die internationalen Kampfeinsätze der Bundeswehr nicht verlängert werden. Der Krieg gegen den Terror führt nicht zum Erfolg. Es gibt positive Beispiele wie Nordirland und Kolumbien, die zeigen, dass

Verhandlungen Erfolg bringen. Außerdem fordern wir, dass die Bundesregierung dem internationalen Verbot von Atomwaffen beitrifft, das Zweidrittel der UN-Staaten beschlossen haben. Die Atomwaffen müssen aus Büchel abgezogen werden und es dürfen weder neue US-Atomwaffen oder konventionelle Raketen in Europa stationiert, noch kleinere Atomwaffen produziert werden, die den Krieg wahrscheinlicher machen.

Viertens darf die Bundesregierung den Rüstungsetat nicht aufstocken, erst recht nicht fast verdoppeln, worauf die „2%“-Forderung hinausläuft und woraus die Bundeswehr den heutigen Propagandatag finanziert. Und schließlich muss der Bundestag dieses Jahr ein Verbot der Einsätze von Drohnen zur Tötung von Menschen beschließen. Kein Krieg gegen den Iran! Keine Bundeswehr auf dem Hessentag! Vielen Dank für eure Langmut.